

Antrag
für den

Ausschuss für Soziales, Integration, Gesundheit u. Wohnungsbau
am 13. September 2022

Ina Jacobi

Geschäftsführerin
Organisation & Verwaltung

Fraktionsbüro im Neuen Rathaus
Hiroshimaplatz 1-4

Tel.: +49 (551) 400 2785

Grueneratsfraktion@goettingen.de /

i.jacobi@goettingen.de

www.gruene-goettingen.de/stadtrat

Göttingen, 29. August 2022

Kommunaler Solidarfonds zur Abmilderung der Folgen von Preissteigerungen

Der Ausschuss möge dem Rat zum Beschluss vorlegen:

- A. Die Oberbürgermeisterin setzt sich bei der Bundes- und Landesregierung dafür ein, gezielt die ärmsten Haushalte durch den Staat von den steigenden Energiekosten zu entlasten: höhere Hartz-IV-Sätze, mehr Wohngeld, Energiegeld für Geringverdiener*innen. In der Bevölkerung soll der Energiesparanreiz durch angemessen hohe Energiekosten erhalten bleiben. Zur Gegenfinanzierung wird eine Übergewinnsteuer eingeführt.
- B. Da davon auszugehen ist, dass trotz staatlicher Entlastungen Menschen mit geringem Einkommen in Notlagen geraten werden, wird die Verwaltung beauftragt, die Voraussetzungen für die Einrichtung eines kommunalen Solidarfonds zur Abmilderung der Folgen der drastisch steigenden Lebenshaltungskosten (insbesondere durch Preissteigerungen bei Energie und Lebensmitteln) bei Menschen mit geringem Einkommen zu prüfen. Folgende Kriterien sollen berücksichtigt werden:
 1. Zielgruppe soll die Personengruppe mit geringem Einkommen sein, die die Kriterien für Grundsicherung (SGB II) oder Sozialhilfe (SGB XII) oder Wohngeld knapp verfehlen. Dazu gehören auch Azubis, Studierende, Rentner*innen (können im Falle von Bezug einer Ehrenamtszuschale die Energiezulage von 300€ beantragen) und Soloselbständige.
 2. Voraussetzung für die Inanspruchnahme ist das Eintreten einer finanziellen Notlage, nachdem alle Leistungen des Bundes und des Landes ausgeschöpft sind.
 3. Die Zuwendungskriterien sollten sich orientieren an dem Corona-Kultur- und Sozialfonds. Das Verfahren soll so einfach wie möglich sein:
 - a. einmaliger fester Zuschussbetrag
 - b. Gehaltsnachweis, Rentenbescheid, Azubi-Gehaltsnachweis, BAFÖG- oder Einkommensnachweis bei Studierenden
 4. Die Energieanbieter werden aufgerufen, auf Strom- und Gassperren zu verzichten. Die Energieberatung der EARG -Energieagentur Region Göttingen (Stromspar-Check, Klima shoppen) wird proaktiv angeboten.
 5. Der Umfang des Solidarfonds ist anhand der geschätzten Größe der Zielgruppe zu berechnen. Der Solidarfonds soll aus kommunalen Mitteln und zugleich durch Spenden aus der Stadtgesellschaft gespeist werden. Beispielsweise kann ein Drittel aus kommunalen Mitteln, ein Drittel von Unternehmen und ein Drittel von Privatleuten stammen. Eine Kampagne wirbt

mit einer Solidarfonds-Uhr um Spenden. Je nach Antragslage kann der Fonds mit weiteren Mitteln aufgefüllt werden.

6. Eine Zusammenarbeit mit dem Landkreis Göttingen ist zu prüfen.

Begründung:

Die sich gegenseitig anheizenden Krisen (Klima, Krieg, Armut) lasten vor allem auf Menschen mit kleinen Einkommen. Viele sorgen sich um ihre Lage im Winter. Die wachsende Zahl der Kund*innen bei den Tafeln ist ein deutliches Zeichen. 76% der Deutschen sind lt. einer Deutschlandtrend-Umfrage für die Einführungen der Übergewinnsteuer. Die Bundesregierung sollte eine Übergewinnsteuer einführen, die Gewinne bei Konzernen umverteilt, die durch die hohen Energiepreise entstanden sind. Die Unternehmen, die an den Preissteigerungen verdienen, zeigen sich solidarisch durch die Akzeptanz der Besteuerung ihrer überschüssigen Gewinne und verzichten auf die Inanspruchnahme der Gasumlage.

Im Göttinger Tageblatt vom 24.08.2022 kommentiert auf der Wirtschaftsseite der Brüssel-Korrespondent Damir Fras die Lage wie folgt: „Europa steht vor einem gewaltigen Energiepreisschock, der über den Winter hinweg anhalten wird – vielleicht sogar über Jahre. Das sagt der Internationale Währungsfonds (IWF) voraus. Seine Schätzung: Wegen der hohen Energiepreise werden die Lebenshaltungskosten in Europa im Durchschnitt um 7 Prozent steigen. Dabei gebe es aber bemerkenswerte Unterschiede in den einzelnen Ländern. Finnland zum Beispiel könnte mit einer durchschnittlichen Preissteigerung von etwa 4 Prozentpunkten davonkommen. In Estland sieht es deutlich düsterer aus. Dort werden Steigerungen von durchschnittlich 20 Prozent erwartet. Deutschland liegt den IWF-Schätzungen zufolge an der 5-Prozent-Marke. Dass es anderswo schlimmer kommen wird, ist nur ein schwacher Trost. Auch in Deutschland gilt: Den härtesten Preisschock werden vor allem jene Menschen erdulden müssen, die ohnehin wenig Geld haben und deswegen einen vergleichsweise größeren Teil ihres Budgets für Gas und Strom ausgeben müssen. Damit sich diese Haushalte möglichst schnell von dem Schock erholen, hat der IWF eine Lösung parat. Die Regierungen sollten den Versuch einstellen, den Preisanstieg mit breit angelegten Subventionen und Steuersenkungen zu bekämpfen, was die Bundesregierung gerade mit der Senkung der Mehrwertsteuer auf Gas versucht.

Das werde sowieso nicht funktionieren und überdies die Preise auf hohem Niveau halten, sagt der IWF. Stattdessen sollten die Regierungen die steigenden Energiekosten an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergeben. Das erhöhe allgemein den Anreiz, noch mehr Energie zu sparen. Gleichzeitig müssten aber die ärmsten Haushalte gezielt vom Staat unterstützt werden.“